

ANTRAG

Antragsteller*in: Sarah Sinkovits, Sophie Wotschke, Lisa Ficzkó, Julian Fritsch, Valentin Wiesinger, Erik Baldassari, Lorenzo Friedli, Arman Shariat, Alen Selimovic, Susanna Riedlsperger, Stephen Slager

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A6: Klimaneutralität braucht Kernenergie

Antragstext

Wir JUNOS bekennen uns zu einer liberalen, faktenbasierten und zukunftsorientierten Energiepolitik. Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und erfordert mutige, wissenschaftlich fundierte und technologisch offene Antworten. Hinzu kommt ein Umbruch der Weltordnung, durch die Europas Energieautonomie zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wer es mit der Klimaneutralität sowie Energieautonomie ernst meint, darf keine Energieform aus rein ideologischen Gründen verbieten.

Die Entscheidung der Volksabstimmung zum AKW Zwentendorf, bei der sich 50,50% der Abstimmenden^[1] gegen die Inbetriebnahme aussprachen, fußte auf einem politischen Machtkampf zwischen SPÖ und ÖVP und entspricht nicht den heutigen Realitäten: Unser Land ist eng mit einem europäischen Strommarkt verflochten, in dem Kernenergie längst eine tragende Rolle spielt. Wir beziehen bereits heute indirekt Atomstrom aus Nachbarstaaten, ohne selbst über Sicherheitsstandards oder strategische Fragen mitbestimmen zu können.

Wir JUNOS wollen diese Schieflage beenden. Wir wollen eine ehrliche, faktenbasierte Debatte führen und Österreich in die Lage versetzen, aktiv an der Gestaltung einer sicheren, autonomen und klimafreundlichen Energiezukunft mitzuwirken. Wir sehen Atomenergie nicht als Allheilmittel, aber als eine wesentliche Ergänzung zu Wind-, Solar- und Wasserkraft, die wir nicht aus ideologischer Trägheit ignorieren dürfen.

Klimaziele erreichen – mit allen verfügbaren Mitteln

Wir JUNOS erkennen an, dass der europäische Strombedarf in den kommenden

Jahrzehnten massiv steigen wird. Die Elektrifizierung von Mobilität, Wärme und Industrie führt dazu, dass der Bedarf an gesichertem, CO₂-armem Strom deutlich zunimmt. Erneuerbare Energien wie Wind und Sonne sind unverzichtbar, stoßen aber an physikalische Grenzen: Sie liefern nicht jederzeit, was gebraucht wird. Speicher sind wichtig, aber teuer und nur begrenzt verfügbar.

Atomenergie liefert konstanten, CO₂-armen Strom und kann so die wetterbedingten Schwankungen von Wind und Sonne ausgleichen. Das ermöglicht es, ehrgeizige Klimaziele nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis zu erreichen. Wir JUNOS wollen, dass Österreich hier nicht Zuschauer bleibt, sondern Partner einer europäischen Lösung wird und fordern die Aufhebung des Bundesverfassungsgesetzes für ein atomfreies Österreich.

Kosten, Versorgungssicherheit und Energieautonomie

Klimapolitik wird nur dann gesellschaftlich akzeptiert, wenn sie auch wirtschaftlich tragfähig ist. Ein Energiesystem, das ausschließlich auf Erneuerbare setzt, braucht gigantische Investitionen in Speicher und Netzausbau. Das verteuert den Strom und belastet Haushalte und Unternehmen.

Ein Mix, der auch Kernkraft nutzt, senkt diese Systemkosten drastisch. Strompreise können so langfristig stabiler und niedriger bleiben, weil weniger fossile Reservekapazitäten notwendig sind und das Übertragungsnetz nicht in gleichem Umfang ausgebaut werden muss. Ein solches System reduziert nicht nur die CO₂-Emissionen deutlicher, sondern verringert auch die Abhängigkeit von Gas und Öl aus instabilen Regionen oder Europa feindlich gesinnten Staaten wie Russland. Während fossile Brennstoffe laufend in großen Mengen importiert werden müssen, benötigt Kernenergie vergleichsweise geringe Mengen Brennstoff, die aus einer breiteren Palette stabiler Lieferländer stammen können. Nach dem Scheitern Österreichs Energiepolitik des russischen Gases, ist es höchste Zeit neue Wege zu gehen.

Wir JUNOS setzen uns dafür ein, dass Österreich diese Vorteile anerkennt und sich an einer europäischen Strategie beteiligt, die Kosten, Netzausbau und Emissionen gleichzeitig im Blick behält.

Wir sprechen uns dabei grundsätzlich gegen verzerrende Subventionen und für Kostenwahrheit am Energiemarkt aus. Neue Projekte dürfen nur dann realisiert werden, wenn ihr gesamter Lebenszyklus vom Bau bis zur Entsorgung durchkonzeptioniert, finanziert und abgesichert ist.

Technologischer Fortschritt und Sicherheit

Wir JUNOS sehen, dass die technologische Entwicklung bei der Kernenergie in den letzten Jahrzehnten enorme Fortschritte gemacht hat. Neue Reaktorgenerationen – wie modulare Kleinreaktoren – sind flexibler, sicherer und effizienter als die Anlagen der Vergangenheit. Sie verfügen über passive Sicherheitssysteme, die Unfälle wie in den Anfangsjahren der Kernkraft technisch ausschließen. Gleichzeitig verringern sie das Abfallaufkommen und können teilweise vorhandene Reststoffe wiederverwerten.

Langfristig eröffnet die Kernfusionsforschung die Perspektive auf eine praktisch unerschöpfliche, saubere Energiequelle. Österreich darf sich diesen Innovationen nicht verschließen, wenn es in Europa technologisch relevant bleiben will. Wir JUNOS wollen, dass unser Land in internationalen Forschungsprojekten vertreten ist und technisches Know-how aufbaut, statt es zu verlieren.

Ergänzung statt Gegeneinander

Wir JUNOS betonen, dass Atomenergie nicht gegen Erneuerbare ausgespielt werden darf. Wir sehen beides als Partner: Erneuerbare Energien liefern günstigen Strom, wenn Sonne und Wind vorhanden sind, Kernenergie liefert gesicherte Leistung rund um die Uhr. Ein Energiesystem, das auf beiden Säulen ruht, vereint Klimaschutz mit Versorgungssicherheit, senkt Kosten, minimiert Netzausbau und Flächenverbrauch und erreicht ambitionierte Klimaziele verlässlich.

Wir JUNOS wollen eine Politik, die Risiken ehrlich abwägt und Chancen nutzt. Keine Technologie ist risikofrei – auch nicht fossile Energien oder der großflächige Ausbau von Wind- und Solaranlagen. Die Frage ist: Wie minimieren wir Gefahren und wie sichern wir die Energieversorgung der Zukunft? Moderne Kernkraftwerke können unter strengen europäischen Sicherheitsstandards betrieben werden. Endlagerung, Rückbau und Haftungsfragen müssen klar geregelt, transparent kontrolliert und international abgestimmt werden.

Europäische Verantwortung

Wir JUNOS sind überzeugt, dass Energiepolitik in Europa nur gemeinsam funktioniert. Kein Mitgliedstaat kann im Alleingang eine sichere und klimaneutrale Energiezukunft schaffen. Österreich muss sich daher in Europa konstruktiv einbringen, Sicherheits- und Umweltstandards mitgestalten und sich an Forschung und Entwicklung beteiligen, statt sich selbst ins Abseits zu stellen. Nur so können wir auch die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger wahren und gleichzeitig einen Beitrag zum europäischen Klimaschutz leisten.

Mit der Taxonomie-Verordnung wurde auf europäischer Ebene ein einheitlicher

93 Rahmen geschaffen, in dem festgelegt ist, welche wirtschaftlichen Aktivitäten
94 als ökologisch nachhaltig gelten.^[2] Auf Basis der darin definierten Kriterien
95 wird auch Kernenergie als „grün“ eingestuft, wenn etwa hohe Sicherheitsstandards
96 eingehalten werden und ein Plan für die Endlagerung vorliegt.^[3] Österreich soll
97 sich dieser Einstufung nicht länger aus rein ideologischen Gründen
98 entgegenstellen.

99 Vielmehr muss sich Österreich in der europäischen Energiepolitik für einen
100 technologieoffenen Ansatz einsetzen und sich aktiv an internationalen
101 Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu moderner Kernenergie und Kernfusion
102 beteiligen. Sicherheits-, Kontroll- und Entsorgungsstandards sollen streng und
103 europäisch harmonisiert werden, damit Vertrauen und hohe Sicherheitsniveaus
104 garantiert sind.

105 Wir JUNOS bekennen uns zu einer Kombination aus erneuerbaren Energien und
106 moderner Kernkraft als realistischer, kosteneffizienter und klimafreundlicher
107 Weg in die Zukunft.

108 *Durch Annahme dieses Antrags wird der Beschluss „Nukleartechnologie – Mehr*
109 *Sachlichkeit im Sinne der Forschung“ des XIV. Bundeskongresses in Linz*
110 *aufgehoben.*

111 ^[1] Aufgeschlüsselt nach Bundesländern: Für die Inbetriebnahme ging die
112 Abstimmung in folgenden Bundesländern aus: Burgenland 59,8% pro; Kärnten 54,1 %
113 pro; Niederösterreich 50,9 % pro; Steiermark 52,8 % pro; Wien 55,4 % pro. Gegen
114 die Inbetriebnahme: Oberösterreich 52,8 % contra; Salzburg 56,7 % contra; Tirol
115 65,8 % contra; Vorarlberg 84,4 % contra.

116 ^[2]<https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2020/852/oj?locale=de>

117 ^[3][https://eur-lex.europa.eu/legal-](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?from=EN&uri=CELEX%3A32022R1214)
118 [content/DE/TXT/PDF/?from=EN&uri=CELEX%3A32022R1214](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?from=EN&uri=CELEX%3A32022R1214)